

Der emeritierte Soziologie-Professor James Petras aus den USA untersucht die Absichten, die Donald Trump mit seiner extrem nationalistischen Variante des Kapitalismus verfolgt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 025/17 – 15.02.17

Ist der nationalistische Kapitalismus des Präsidenten Trump eine Alternative zur Globalisierung?

Von Prof. James Petras
Global Research, 28.01.17

(<http://www.globalresearch.ca/president-trump-nationalist-capitalism-an-alternative-to-globalization/5571368>)

In seiner Antrittsrede hat Präsident Trump sehr klar und eindringlich die ökonomische und politische Strategie entworfen, die er in den nächsten vier Jahren verfolgen will. Trump-Gegner unter den Herausgebern, Journalisten, Akademikern und Experten, die für die Financial Times, die New York Times, die Washington Post und das Wall Street Journal schreiben, haben sein Programm und seine Kritik an der bisherigen Politik und den bestehenden Zuständen immer wieder verdreht und verfälscht.

Wir wollen uns ernsthaft mit Trumps Kritik an der gegenwärtigen US-Wirtschaftspolitik auseinandersetzen und mit seinen Alternativen und deren Schwächen befassen.

Trumps Kritik an der herrschenden Klasse

Trump wirft der gegenwärtig herrschenden Elite vor allem die negativen Auswirkungen der von ihr betriebenen Art der Globalisierung auf die Produktion, den Außenhandel, das Steueraufkommen und den Arbeitsmarkt vor. Trump kritisiert die Tatsache, dass der industrielle Kapitalismus der USA seine Investitionen vor allem im Ausland tätigt und durch diesen (für die US-Bevölkerung) sehr negativen Effekt der Globalisierung auch seine Innovationen und Profite hauptsächlich dort erzielt. Seit zwei Jahrzehnten beklagen Politiker und Experten in den Wahlkämpfen und bei öffentlichen Auftritten den Verlust gut bezahlter Jobs und den Niedergang einheimischer Industrien, aber niemand hat wirklich etwas gegen diese fatale Begleiterscheinung der Globalisierung unternommen. Trump hat dieses "nur reden, aber nichts tun" verurteilt und versprochen, den leeren Reden endlich Taten folgen zu lassen.

Präsident Trump greift auch die Importeure an, die mit preiswerten Produkten ausländischer Hersteller den amerikanischen Markt überschwemmen, damit aber US-Produzenten in den Ruin treiben und Arbeitsplätze in den USA vernichten. Seine Strategie, die US-Wirtschaft durch Wiederbelebung der US-Produktionsbetriebe zu stärken, ist vor allem gegen die Umwandlung des produktiven US-Kapitals in spekulatives Finanzkapital gerichtet, die unter den vier vorhergehenden US-Regierungen stattgefunden hat. In seiner Antrittsrede hat er die Eliten auch deshalb angegriffen, weil durch ihre Abwanderung an die Wall Street der "Rust Belt" entstanden ist; deshalb hat er der Arbeiterklasse zugerufen: "Hört mein Versprechen! Ich werde euch nicht mehr ignorieren." Und die herrschende Klasse hat Trump auf S. 11 der Financial Times vom 23.01.2017 als "Mastschweine am Trog" bezeichnet.

Trumps wirtschaftspolitische Kritik

Präsident Trump hat angekündigt, er werde mit ausländischen Partnern und Gegnern über neue Wirtschaftsabkommen verhandeln. Mehrfach hat er auch die von Massenmedien und vielen gedankenlosen Politikern propagierten freien Märkte und den aggressiven US-Militarismus kritisiert, weil die USA dadurch am Aushandeln profitabler Deals gehindert würden.

Die Einwanderungspolitik Trumps ist eng mit seiner Arbeitsmarktpolitik verbunden, weil er auch da "US-Amerikaner zuerst!" fordert. Durch den starken Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem Ausland, wurden das Lohnniveau und die Rechte der US-Arbeiter ausgehöhlt und der Arbeitsmarkt destabilisiert. Diese Entwicklung trat zuerst in der fleischverarbeitenden Industrie auf und setzte sich dann in der Bekleidungsindustrie, in der Geflügelzucht und in der Bauindustrie fort. Trumps Vorschlag, die Einwanderung zu beschränken, könnte dazu beitragen, das bestehende ungleiche Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit wieder zugunsten der Arbeiter zu verschieben, also die Macht der Gewerkschaften zu stärken, damit sie wieder vernünftige Löhne und Arbeitsbedingungen aushandeln können. Mit seiner Kritik an der Masseneinwanderung will Trump erreichen, dass US-amerikanische Facharbeiter durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen wieder in die Lage versetzt werden, ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.

Trumps Kritik an der US-Politik

Trump hat außerdem kritisiert, dass Handelsabkommen mit einigen Staaten sehr defizitär seien, und führt das auf schlecht geführte Verhandlungen zurück. Vermutlich hätten frühere US-Präsidenten vor allem deshalb diese Verträge abgeschlossen, weil sie Militärbündnisse festigen und US-Militärbasen in diesen Staaten mit Wirtschaftspakten sichern wollten, die viele Jobs in den USA gekostet hätten. Unter seiner Präsidentschaft soll sich das ändern: Er will diese für die USA nachteiligen Wirtschaftsverträge aufkündigen und neu aushandeln; gleichzeitig will er kostspielige US-Militärbasen im Ausland schließen und die NATO-Verbündeten dazu verpflichten, ihre eigenen Verteidigungsbudgets zu erhöhen. Sofort nach seinem Amtsantritt hat Trump die Trans-Pacific Partnership / TPP (s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Transpazifische_Partnerschaft) für beendet erklärt und Kanada und Mexiko zu neuen Verhandlungen über NAFTA (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen) eingeladen.

Trump plant Infrastruktur-Projekte für Hunderte von Milliarden Dollars, darunter auch den Bau sehr umstrittener Öl- und Gas-Pipelines von Kanada zum Golf von Mexiko. Es ist ihm sehr wohl klar, dass er damit gegen bestehende Verträge mit Indianerstämmen und Naturschutzaufgaben verstößt. Er will aber nur Baumaterialien verwenden lassen, die in den USA produziert wurden, und nur US-Arbeiter beschäftigen, also auch mit umstrittenen Projekten neue und gut bezahlte Jobs für US-Amerikaner schaffen.

In seiner Absicht, Investitionen auf die USA zu konzentrieren und damit neue Jobs zu schaffen, unterscheidet sich Trump von den Vorgängerregierungen und vor allem von Barack Obama, der sich aufs Kriegführen im Mittleren Osten konzentriert und damit nur die Staatsverschuldung und das Außenhandelsdefizit vergrößert hat.

Trumps Antrittsrede gipfelte in dem Versprechen: "Das in und von den USA angerichtete Gemetzel ist ab sofort zu Ende!" Das hat große Teil der Arbeiterklasse sehr beeindruckt, vor allem weil er es vor den Verursachern gegeben hat, die für die seit vier Jahrzehnten durch die Globalisierung angerichteten Verwüstungen verantwortlich sind. Mit "Gemetzel" hat er zwei katastrophale Fehlentwicklungen angesprochen: Zum einen die besonders unter Obama aber auch schon vor ihm betriebene Verlagerung von Jobs ins Ausland, die

den Bankrott vieler mittelständischer Unternehmen und den Niedergang großer ländlicher Gebiete, kompletter Kleinstädte und ganzer Stadtteile zur Folge hatte. Dieses "Gemetzel" in den USA selbst ist aber nur die Kehrseite der Medaille, die andere Seite bilden die endlosen Kriege im Ausland, mit denen US-Regierungen "blutige Gemetzel" auf drei Kontinenten angerichtet haben. In den letzten fünfzehn Jahren hat die politische Führung der USA auch bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität total versagt; sie hat es zugelassen, dass Hunderttausende junger US-Amerikaner in eine schon epidemisch auftretende, oft mit dem Tod endende Abhängigkeit von meist synthetischen Drogen geraten sind und dass Millionen Leben zerrüttet wurden. Trump hat auch versprochen, dem lebenszerstörenden Drogenmissbrauch ein Ende zu machen. Leider hat er der Pharmaindustrie und der korrupten Medizin, die große Mitschuld an der Ausbreitung des Drogenmissbrauchs in die ländlichen Gebiete der USA tragen, nicht den Kampf angesagt. Trump hat zwar die Vorgängerregierungen wegen ihrer riesigen Militärsubventionen für "Verbündete" kritisiert, aber kaum Kritik an den hohen Militärausgaben der USA geübt; sogar das NATO-Bündnis will er verstärken.

Wahrheit und Lügen: Müll produzierende Journalisten und Sesselstrategen

Mit faustdicken Lügen und böartigen Unterstellungen haben es die Mainstream-Medien geschafft, eine Massenhysterie über Trumps "Neue Wirtschaftspolitik" zu erzeugen. Wir wollen versuchen, den von Journalisten verbreiteten Müll zu sortieren und eine realistischere Einschätzung der von Trump angekündigten Veränderungen vorzunehmen.

Die sehr angesehenen, aber vorwiegend Müll produzierenden Journalisten der *Financial Times* behaupten, Trump wolle den Welthandel "zerstören". Tatsächlich hat Trump wiederholt angekündigt, dass er den Welthandel beleben will, und zwar dadurch, dass die USA nicht nur immer mehr Güter aus dem Ausland einführen, sondern auch wieder mehr in den USA produzierte Güter ausführen sollen. Deshalb will er neue multi- und bilaterale Handelsverträge abschließen, um wieder eine größere Ausgewogenheit zwischen Importen und Exporten herzustellen. Unter Obama haben die USA höhere Einfuhrzölle erhoben als jeder andere OECD-Staat (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_f%C3%BCr_wirtschaftliche_Zusammenarbeit_und_Entwicklung).

Müll verbreitende Journalisten verleumdete Trump als "Protektionisten" (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Protektionismus>) und werfen ihm vor, er wolle die US-Wirtschaft durch Wiederbelebung der Industrie "autark" machen. Trump will aber nur einen Ausgleich zwischen Exporten und Importen herstellen, die US-Wirtschaft ansonsten aber offen halten und nur erreichen, dass in den USA wieder mehr Güter produziert werden, die auch für den Export geeignet sind. Die USA könnten dann bei ihren Importen wieder wählerischer werden. Trump will den Export von US-Fertigprodukten vergrößern und den Import von Stahl, Automobilen und Haushaltswaren reduzieren, den Import von Rohstoffen und fortschrittlichen Technologien aber verstärken.

Weil Trump die negativen Folgen der Globalisierung bekämpfen will, werfen ihm die ebenfalls Müll produzierenden Journalisten der *Washington Post* vor, er wolle "die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Wirtschaftsordnung beseitigen". Tatsächlich hat sich diese Wirtschaftsordnung als nicht besonders tragfähig erwiesen und treibt mit immer neuen Krisen und Kriegen auf ein katastrophales Chaos zu. Trump hat das erkannt und möchte deshalb Änderungen herbeiführen.

Könnten Trumps bisherige Vorschläge für eine Wirtschaftsreform die nicht mehr tragfähige alte Ordnung ersetzen?

Am Ende des Zweiten Weltkriegs betrieben die meisten westeuropäischen Staaten und

Japan eine sehr restriktive "protektionistische Geld – und Industriepolitik", um ihre darnieder liegende Wirtschaft wieder aufzubauen. Erst nach einer längeren Periode anhaltender Regeneration begannen beide Staaten ihre Wirtschaftspolitik wieder vorsichtig zu liberalisieren.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die kollektivistische Wirtschaft Russlands zunächst von verbrecherischen, kapitalistischen Oligarchen übernommen, hat sich aber in letzter Zeit wieder zu einer gemischten Wirtschaftsform mit zentralistischer Ausprägung und starkem staatlichem Einfluss entwickelt. China, dessen kollektivistische Wirtschaft ziemlich vom Welthandel isoliert war, hat sich zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt entwickelt und die US-Wirtschaft im Handel mit Asien und Lateinamerika auf den zweiten Platz verdrängt.

Die USA haben einmal 50 % des Welthandels kontrolliert, jetzt sind es nur noch weniger als 20 %. Dieser Niedergang erklärt sich vor allem aus dem Rückgang ihrer industriellen Produktion im eigenen Land und aus der Verlegung vieler Fabriken ins billigere Ausland.

Trotz der Veränderungen in der Weltwirtschaft haben es die letzten US-Präsidenten versäumt, die US-Wirtschaftspolitik zu reorganisieren. Anstatt die Änderung der Machtverhältnisse zu akzeptieren und die Handelsbeziehungen zu korrigieren, haben sie versucht, die Vormachtstellung der USA durch Kriege, Militärinterventionen und inszenierte blutige "Regimewechsel" zu erhalten, und dabei versäumt, neue Märkte für US-Waren zu erschließen. Anstatt Chinas gewachsene Wirtschaftskraft anzuerkennen und sich um das Aushandeln von Kooperationsverträgen zu bemühen, haben sie engstirnig darauf beharrt, China von regionalen und internationalen Handelsverträgen auszuschließen, und ihre kleineren asiatischen Handelspartner so lange unter Druck gesetzt, bis die anfangen, sich mit China um irgendwelche Inselchen im Südchinesischen Meer zu streiten. Während Trump die Veränderungen in der Weltwirtschaft erkannt hat und die Probleme der USA durch das Aushandeln neuer Verträge beseitigen möchte, wollen einige Leute in seinem Kabinett lieber Obamas Konfrontationskurs fortsetzen.

Die bisher in Washington Herrschenden haben Russlands Wiedergeburt und seine Rückkehr als Weltmacht – nicht nur als Regionalmacht – lange ignoriert. Sie glaubten, immer mehr frühere Verbündete der Sowjetunion an sich binden und an Russland Grenzen unwidersprochen Militärbasen errichten und Manöver abhalten zu können. Anstatt die Handelsbeziehungen mit und die Investitionstätigkeit in Russland auszuweiten, verschwendete Washington Milliarden durch Sanktionen und zur Stützung des Putschisten-Regimes in der Ukraine. Mit seiner Politik der gewaltsamen Regimewechsel in der Ukraine, in Syrien und in Libyen wollte Obama Regierungen stürzen, die freundliche Beziehungen zu Russland unterhielten; es gelang ihm zwar, diese Staaten zu verwüsten, gleichzeitig bestärkte er aber Russland darin, seine Grenzen besser zu schützen und neue strategische Bündnisse zu schließen.

Schon zu Beginn seines Wahlkampfes erkannte Trump die weltweiten Veränderungen und versprach den Umgang mit und die Beziehungen zu Gegnern und Verbündeten vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht zu verändern.

An erster Stelle kritisierte Trump die US-Kriege und das militärische Versagen im Mittleren Osten. Er vertrat die Meinung, dass sich die USA ihre kostspieligen endlosen Kriege und die Besetzung von immer mehr Ländern im Mittleren Osten, in Nordafrika und Asien einfach nicht mehr leisten könnten.

Zweitens erkannte Trump, dass Russland keine strategische Bedrohung für die USA darstellt und dass die russische Regierung unter Wladimir Putin dazu bereit ist, den ISIS und

seine terroristischen Netzwerke gemeinsam mit den USA zu bekämpfen. Russland möchte seine Märkte liebend gern wieder für US-Investoren öffnen und die von dem Dreiergespann Obama-Clinton-Kerry verhängten Sanktionen möglichst schnell wieder loswerden. Der Realist Trump will die Sanktionen aufheben und wieder normale Wirtschaftsbeziehungen herstellen.

Drittens hat Trump erkannt, dass die US-Kriege im Mittleren Osten nur enorme Kosten verursacht, der US-Wirtschaft (außer der Rüstungsindustrie) aber nur minimale Profite gebracht haben. Deshalb will er die Handelsbeziehungen zu militärischen und wirtschaftlichen Regionalmächten wie der Türkei, Israel und den Golfmonarchien ausbauen. Trump interessiert sich nicht für Palästina, den Jemen, Syrien und die Kurden, weil er sich nichts von verbesserten wirtschaftlichen Beziehungen zu ihnen verspricht. Er unterschätzt die militärisch und wirtschaftlich sehr starke Regionalmacht Iran, will aber trotzdem das von sechs Staaten vereinbarte Atomabkommen neu verhandeln, um mehr Gewinn für die USA herauszuschlagen. Mit seinen verbalen Angriffen auf Teheran wollte er wohl Israel und die Israel-Lobby in den USA beschwichtigen, die durch seine Hauptforderung "Die USA zuerst!" verunsichert waren. Es bleibt abzuwarten, ob Donald Trump die Expansionspolitik Israels tatsächlich unterstützen oder verbesserten Handelsbeziehungen zum Iran den Vorzug gegeben wird.

Die Müll verbreitenden Journalisten behaupten, Trump wolle sich mit China anlegen und treibe mit seiner protektionistischen Politik die kleineren Staaten jenseits des Pazifiks nur in die Arme Pekings. Trump scheint im Gegenteil aber dazu entschlossen zu sein, durch neue bilaterale Verhandlungen (mit China) die beiderseitigen Handelsbeziehungen sogar noch auszubauen.

Trump dürfte dann aber die unter Obama gestartete militärische Einkreisung Chinas von See her nicht weiter fortsetzen und die für China überlebenswichtigen Seewege nicht länger bedrohen. Trump wird jedenfalls – anders als Obama – versuchen, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Peking neu zu regeln und China dabei als bedeutende Wirtschaftsmacht und nicht mehr als "Schwellenland" behandeln, dessen Industrie geschützt werden muss. Trump ist Realist genug, um die Veränderungen in der Weltwirtschaft richtig einzuschätzen: China ist eine voll entwickelte, äußerst konkurrenzfähige wirtschaftliche Weltmacht, der es gelungen ist, die USA in großen Teilen der Welt zu überrunden – auch weil es einen Teil der staatlichen Subventionen aus seinem früheren Wirtschaftssystem beibehalten hat. Trump weiß sehr wohl, dass China gute Gelegenheiten für Investitionen und Handelsverträge bietet, mit denen sich die negative Handelsbilanz der USA korrigieren lässt.

Trump will sicher keinen "Handelskrieg" mit China anfangen, er möchte die USA aber wieder zu einer Exportnation machen, um ihre Wirtschaftsbilanz auszugleichen. Die Verhandlungen mit den Chinesen dürften sehr schwierig werden, weil die US-Importeure, die den Großteil ihrer Waren aus China beziehen, gemeinsam mit den der chinesischen Elite angehörenden Exporteuren versuchen werden, jede Veränderung zu verhindern.

Außerdem werden die Wall Street Banker, die Zugang zum chinesischen Finanzmarkt wollen, nicht begeistert von Trumps Plänen zur Reindustrialisierung der USA sein.

Schlussfolgerungen

Trump ist weder "Protektionist", noch ein Gegner des Freihandels. Diese Unterstellungen der Müll produzierenden Journalisten sind gegenstandslos. Trump will auch nicht die imperialistische Wirtschaftspolitik der USA abschaffen. Trump ist aber ein Marktrealist, der

erkannt hat, dass militärische Interventionen zu viel Geld kosten und der US-Wirtschaft bei der derzeitigen Weltlage mehr Schaden als Nutzen bringen. Er hat auch erkannt, dass die Finanz- und Importwirtschaft der USA wieder zu einer Produktions- und Exportwirtschaft werden muss.

Trump betrachtet Russland als potenziellen Wirtschaftspartner und militärischen Verbündeten bei der Beendigung der Kriege in Syrien, im Irak, in Afghanistan und in der Ukraine – vor allem aber bei der gemeinsamen Bekämpfung der vom ISIS ausgehenden terroristischen Bedrohung. In China sieht er einen ernstzunehmenden wirtschaftlichen Konkurrenten, der schlecht verhandelte Verträge zu seinem Vorteil ausgenutzt hat. Deshalb will er die bestehenden Wirtschaftsverträge neu aushandeln.

Trump ist ein nationalistischer Kapitalist, ein Markt imperialist und politischer Realist, der sich nicht um Frauenrechte, um den Klimawandel, um Verträge mit Indianerstämmen und um Rechte von Einwanderern schert. Die Leute, die er in sein Kabinett berufen hat, und die republikanische Mehrheit im Kongress tendieren stärker zu der von Obama und Frau Clinton vertretenen militaristischen Ideologie als zu Trumps eigener Zielsetzung "Die USA zuerst". Er hat sich mit militaristischen Imperialisten, maßlosen Expansionisten und unter Wahnvorstellungen leidenden Fanatikern umgeben.

Wer sich kurz- oder langfristig durchsetzt, bleibt abzuwarten. Klar ist jetzt schon, dass sich die "Liberalen", die Anhänger der Demokratischen Partei und die Winkeladvokaten der Straßengangs, die sich wie Mussolinis Anhänger mit schwarze Hemden uniformieren, auf die Seite der Imperialisten schlagen werden, und sie werden viele Verbündete in Trumps Umgebung finden.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einigen Anmerkungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab



President Trump: Nationalist Capitalism, An Alternative to Globalization?

By Prof. James Petras
January 28, 2017

During his inaugural speech, President Trump clearly and forcefully outlined the strategic political-economic policies he will pursue over the next four years. Anti-Trump journalist, editorialists, academics and experts, who appear in the Financial Times, New York Times, Washington Post and the Wall Street Journal have repeatedly distorted and lied about the President's program as well as his critique of existing and past policies.

We will begin by seriously discussing President Trump's critique of the contemporary political economy and proceed to elaborate on his alternatives and its weaknesses.

President Trump's Critique of the Ruling Class

The centerpiece of Trump's critique of the current ruling elite is the negative impact of its form of globalization on US production, trade and fiscal imbalances and on the labor mar-

ket. Trump cites the fact that US industrial capitalism has drastically shifted the locus of its investments, innovations and profits overseas as an example of globalization's negative effects. For two decades many politicians and pundits have bemoaned the loss of well-paid jobs and stable local industries as part of their campaign rhetoric or in public meetings, but none have taken any effective action against these most harmful aspects of globalization. Trump denounced them as "all talk and no action" while promising to end the empty speeches and implement major changes.

President Trump targeted importers who bring in cheap products from overseas manufacturers for the American market undermining US producers and workers. His economic strategy of prioritizing US industries is an implicit critique of the shift from productive capital to financial and speculative capital under the previous four administrations. His inaugural address attacking the elites who abandon the 'rust belt' for Wall Street is matched by his promise to the working class: "Hear these words! You will never be ignored again." Trump's own words portray the ruling class 'as pigs at the trough' (Financial Times, 1/23/2017, p. 11)

Trump's Political-Economic Critique

President Trump emphasizes market negotiations with overseas partners and adversaries. He has repeatedly criticized the mass media and politicians' mindless promotion of free markets and aggressive militarism as undermining the nation's capacity to negotiate profitable deals.

President Trump's immigration policy is closely related to his strategic 'America First' labor policy. Massive inflows of immigrant labor have been used to undermine US workers' wages, labor rights and stable employment. This was first documented in the meat packing industry, followed by textile, poultry and construction industries. Trump's proposal is to limit immigration to allow US workers to shift the balance of power between capital and labor and strengthen the power of organized labor to negotiate wages, conditions and benefits. Trump's critique of mass immigration is based on the fact that skilled American workers have been available for employment in the same sectors if wages were raised and work conditions were improved to permit dignified, stable living standards for their families.

President Trump's Political Critique

Trump points to trade agreements, which have led to huge deficits, and concludes that US negotiators have been failures. He argues that previous US presidents have signed multi-lateral agreements, to secure military alliances and bases, at the expense of negotiating job-creating economic pacts. His presidency promises to change the equation: He wants to tear up or renegotiate unfavorable economic treaties while reducing US overseas military commitments and demands NATO allies shoulder more of their own defense budgets. Immediately upon taking office Trump canceled the Trans-Pacific Partnership (TPP) and convoked a meeting with Canada and Mexico to renegotiate NAFTA.

Trump's agenda has featured plans for hundred-billion dollar infrastructure projects, including building controversial oil and gas pipelines from Canada to the US Gulf. It is clear that these pipelines violate existing treaties with indigenous people and threaten ecological mayhem. However, by prioritizing the use of American-made construction material and insisting on hiring only US workers, his controversial policies will form the basis for developing well-paid American jobs.

The emphasis on investment and jobs in the US is a complete break with the previous Ad-

ministration, where President Obama focused on waging multiple wars in the Middle East , increasing public debt and the trade deficit.

Trump's inaugural address issued a stern promise: "The American carnage stops right now and stops right here!" This resonated with a huge sector of the working class and was spoken before an assemblage of the very architects of four decades of job-destroying globalization. 'Carnage' carried a double meaning: Widespread carnage resulted from Obama and other administrations' destruction of domestic jobs resulting in decay and bankruptcy of rural, small town and urban communities. This domestic carnage was the other side of the coin of their policies of conducting endless overseas wars spreading carnage to three continents. The last fifteen years of political leadership spread domestic carnage by allowing the epidemic of drug addiction (mostly related to uncontrolled synthetic opiate prescriptions) to kill hundreds of thousands of mostly young American's and destroy the lives of millions. Trump promised to finally address this 'carnage' of wasted lives. Unfortunately, he did not hold 'Big Pharma' and the medical community responsible for its role in spreading drug addiction into the deepest corners of the economically devastated rural America . Trump criticized previous elected officials for authorizing huge military subsidies to 'allies' while making it clear that his critique did not include US military procurement policies and would not contradict his promise to 'reinforce old alliances' (NATO).

Truth and Lies: Garbage Journalists and Arm Chair Militarists

Among the most outrageous example of the mass media's hysteria about Trump's New Economy is the systematic and vitriolic series of fabrications designed to obscure the grim national reality that Trump has promised to address. We will discuss and compare the accounts published by 'garbage journalists (GJ's)' and present a more accurate version of the situation.

The respectable garbage journalists of the Financial Times claim that Trump wants to 'destroy world trade'. In fact, Trumps has repeatedly stated his intention to increase international trade. What Trump proposes is to increase US world trade from the inside, rather than from overseas. He seeks to re-negotiate the terms of multilateral and bilateral trade agreements to secure greater reciprocity with trading partners. Under Obama, the US was more aggressive in imposing trade tariffs that any other country in the OECD.

Garbage journalists label Trump as a 'protectionist', confusing his policies to re-industrialize the economy with autarky. Trump will promote exports and imports, retain an open economy, while increasing the role of the US as a producer and exporter.. The US will become more selective in its imports. Trump will favor the growth of manufacturing exporters and increase imports of primary commodities and advanced technology while reducing the import of automobiles, steel and household consumer products.

Trump's opposition to 'globalization' has been conflated by the garbage journalists of the Washington Post as a dire threat to the 'the post-Second World War economic order'. In fact, vast changes have already rendered the old order obsolete and attempts to retain it have led to crises, wars and more decay. Trump has recognized the obsolete nature of the old economic order and stated that change is necessary.

The Obsolete Old Order and the Dubious New Economy

At the end of the Second World War, most of Western Europe and Japan resorted to highly restrictive 'protectionist' industrial and monetary policies to rebuild their economies. Only after a period of prolonged recovery did Germany and Japan carefully and selectively liberalize their economic policies.

In recent decades, Russia was drastically transformed from a powerful collectivist economy to a capitalist vassal-gangster oligarchy and more recently to a reconstituted mixed economy and strong central state. China has been transformed from a collectivist economy, isolated from world trade, into the world's second most powerful economy, displacing the US as Asia and Latin America's largest trading partner.

Once controlling 50% of world trade, the US share is now less than 20%. This decline is partly due to the dismantling of its industrial economy when its manufacturers moved their factories abroad.

Despite the transformation of the world order, recent US presidents have failed to recognize the need to re-organize the American political economy. Instead of recognizing, adapting and accepting shifts in power and market relations, they sought to intensify previous patterns of dominance through war, military intervention and bloody destructive 'regime changes' – thus devastating, rather than creating markets for US goods. Instead of recognizing China's immense economic power and seek to re-negotiate trade and co-operative agreements, they have stupidly excluded China from regional and international trade pacts, to the extent of crudely bullying their junior Asian trade partners, and launching a policy of military encirclement and provocation in the South China Seas. While Trump recognized these changes and the need to renegotiate economic ties, his cabinet appointees seek to extend Obama's militarist policies of confrontation.

Under the previous administrations, Washington ignored Russia's resurrection, recovery and growth as a regional and world power. When reality finally took root, previous US administrations increased their meddling among the Soviet Union's former allies and set up military bases and war exercises on Russia's borders. Instead of deepening trade and investment with Russia, Washington spent billions on sanctions and military spending – especially fomenting the violent putchist regime in Ukraine. Obama's policies promoting the violent seizure of power in Ukraine, Syria and Libya were motivated by his desire to overthrow governments friendly to Russia – devastating those countries and ultimately strengthening Russia's will to consolidate and defend its borders and to form new strategic alliances.

Early in his campaign, Trump recognized the new world realities and proposed to change the substance, symbols, rhetoric and relations with adversaries and allies – adding up to a New Economy.

First and foremost, Trump looked at the disastrous wars in the Middle East and recognized the limits of US military power: The US could not engage in multiple, open-ended wars of conquest and occupation in the Middle East, North Africa and Asia without paying major domestic costs.

Secondly, Trump recognized that Russia was not a strategic military threat to the United States. Furthermore, the Russian government under Vladimir Putin was willing to cooperate with the US to defeat a mutual enemy – ISIS and its terrorist networks. Russia was also keen to re-open its markets to the US investors, who were also anxious to return after years of the Obama-Clinton-Kerry imposed sanctions. Trump, the realist, proposes to end sanctions and restore favorable market relations.

Thirdly, it is clear to Trump that the US wars in the Middle East imposed enormous costs with minimal benefits for the US economy. He wants to increase market relations with the regional economic and military powers, like Turkey, Israel and the Gulf monarchies. Trump is not interested in Palestine, Yemen, Syria or the Kurds – which do not offer much

investment and trade opportunities. He ignores the enormous regional economic and military power of Iran , Nevertheless Trump has proposed to re-negotiate the recent six-nation agreement with Iran in order to improve the US side of the bargain. His hostile campaign rhetoric against Tehran may have been designed to placate Israel and its powerful domestic 'Israel-Firsters' fifth column. This certainly came into conflict with his 'America First' pronouncements. It remains to be seen whether Donald Trump will retain a 'show' of submission to the Zionist project of an expansionist Israel while proceeding to include Iran as a part of his regional market agenda.

The Garbage Journalists claim that Trump has adopted a new bellicose stance toward China and threatens to launch a 'protectionist agenda', which will ultimately push the trans-Pacific countries closer to Beijing . On the contrary, Trump appears intent on renegotiating and increasing trade via bilateral agreements.

Trump will most probably maintain, but not expand, Obama's military encirclement of China 's maritime boundaries which threaten its vital shipping routes. Nevertheless, unlike Obama, Trump will re-negotiate economic and trade relations with Beijing – viewing China as a major economic power and not a developing nation intent on protecting its 'infant industries'. Trump's realism reflect the new economic order: China is a mature, highly competitive, world economic power, which has been out-competing the US , in part by retaining its own state subsidies and incentives from its earlier economic phase. This has led to significant imbalances. Trump, the realist, recognizes that China offers great opportunities for trade and investment if the US can secure reciprocal agreements, which lead to a more favorable balance of trade.

Trump does not want to launch a 'trade war' with China , but he needs to restore the US as a major 'exporter' nation in order to implement his domestic economic agenda. The negotiations with the Chinese will be very difficult because the US importer-elite are against the Trump agenda and side with the Beijing 's formidable export-oriented ruling class.

Moreover, because Wall Street's banking elite is pleading with Beijing to enter China 's financial markets, the financial sector is an unwilling and unstable ally to Trump's pro-industrial policies.

Conclusion

Trump is not a 'protectionist', nor is he opposed to 'free-trade'. These charges by the garbage journalists are baseless. Trump does not oppose US economic imperialist policies abroad. However, Trump is a market realist who recognizes that military conquest is costly and, in the contemporary world context, a losing economic proposition for the US . He recognizes that the US must turn from a predominant finance and import economy to a manufacturing and export economy.

Trump views Russia as a potential economic partner and military ally in ending the wars in Syria , Iraq , Afghanistan and Ukraine , and especially in defeating the terrorist threat of ISIS . He sees China as a powerful economic competitor, which has been taking advantage of outmoded trade privileges and wants to re-negotiate trade pacts in line with the current balance of economic power.

Trump is a capitalist-nationalist, a market-imperialist and political realist, who is willing to trample on women's rights, climate change legislation, indigenous treaties and immigrant rights. His cabinet appointments and his Republican colleagues in Congress are motivated by a militarist ideology closer to the Obama-Clinton doctrine than to Trumps new 'Ame-

rica First' agenda. He has surrounded his Cabinet with military imperialists, territorial expansionists and delusional fanatics.

Who will win out in the short or long term remains to be seen. What is clear is that the liberals, Democratic Party hacks and advocates of Little Mussolini black shirted street thugs will be on the side of the imperialists and will find plenty of allies among and around the Trump regime.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern